

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

2010 ist wieder ein Wahljahr. Am 9. Mai wird unser NRW-Landtag gewählt. Wieder eine schwierige Entscheidung, aber für alle Bürger eine wichtige Entscheidung. Wie auch 2006 hat die Aktive Bürger Gemeinschaft – **Die Aktive** die Landtagskandidaten für den Wahlkreis „Rhein-Kreis Neuss III“, zu dem auch die Stadt Korschenbroich gehört, angeschrieben. Ende Februar / Anfang März hat **Die Aktive** Briefe an:

Lutz Lienenkämper (CDU), Nicole Niederdellmann-Siemens (SPD), Jan Cwik (FDP), Bernd Makowiak (Die Linke), Oliver Keymis (Bündnis90/Grüne), Jörg Franke (Piraten) und Hans-Günter Schönaich (ProNRW) gesandt und um Stellungnahme zu wichtigen Korschenbroicher Themen gebeten. Bis zum 12.04.2010 gab es jedoch von **keinem der Kandidaten** eine Antwort zu den Fragen um die

- **Grundwasser-Problematik,**
- **Kommunaler Haushalt,**
- **Zukunft unserer Schulen.**

Die Fragen zur Grundwasserproblematik stellen wir hier auszugsweise dar. Sollten noch kurzfristig Antworten der Kandidaten eingehen, werden wir diese auf unserer

Internetseite veröffentlichen. Schauen Sie doch mal rein.

Die komplette Befragung der Landtagskandidaten finden Sie unter:

www.die-aktive.de.

Allgemeinwohl / Daseinsfürsorge

Allein in Korschenbroich sind 4659 Gebäude/Hauseigentümer vom Wiederanstieg des Grundwassers unmittelbar betroffen. Das sind mehr als 50 % aller Korschenbroicher - auch städtischer – Immobilien. Im Worst-Case werden Immobilien durch Schimmel, und daraus folgender gesundheitlicher Schäden, unbewohnbar werden.

Alle anderen Hauseigentümer sind mittelbar durch die Infrastruktur (Straßen, Kanäle, Friedhöfe, etc.) und den Imageverlust der Stadt Korschenbroich betroffen. Das Allgemeinwohl aller Korschenbroicher steht auf dem Spiel. *Was werden Sie tun, um der Fürsorgepflicht des Landes, Kreises und der Kommune Rechnung zu tragen?*

Gleichbehandlung innerhalb eines Bundeslandes

Im Rhein-Erftkreis wird Grundwasser

abgepumpt, um den Wiederanstieg auf gebäudeschädigendes Maß zu verhindern. Für die Bürger ist diese Maßnahme kostenfrei. Im Rhein-Kreis Neuss sollen die Bürger - nach derzeitigem politischem Willen - 80 % der Kosten tragen. *Was werden Sie tun, um für die Korschenbroicher Bürger eine Gleichbehandlung zu erreichen?*

Finanzierung GW-Management

Trotz der oben erwähnten Ungleichbehandlung sind viele Bürger bereit zur Finanzierung des Grundwasser-Managements beizutragen. Nach der geltenden Rechtslage in NRW (Kommunalabgabengesetz) können für Maßnahmen zur Grundwasserregulierung jedoch keine wiederkehrenden Beiträge erhoben werden. Der Petitionsausschuss des Landtags hat deswegen die Landesregierung aufgefordert, eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen. Dies ist bislang nicht erfolgt. (Petition: 12B18564, 41 a Beschluss: 29.08.2000). Werden Sie sich für eine entsprechende Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes einsetzen?
Gabi Dietrich

Ratsherr Hans Kruse legt sein Mandat nieder



Ratsherr **Hans Kruse** kehrt Korschenbroich den Rücken und zieht nach Mönchengladbach. Aus diesem Grund muss er sein Rats-Mandat niederlegen.

Hans Kruse war nicht nur Mitglied des Rates, sondern auch im Stadtentwicklungs- und Planungs- sowie Kulturausschuss. Als Kassierer war er im Vorstand der Aktiven Bürger Gemeinschaft. In den letzten Jahren begleitete er federführend die Bürger-Grundwassermessungen, die er auch nach seinem Umzug weiter fortführen wird.

Die Aktive dankt Hans Kruse für sein großes Engagement und die gute Zusammenarbeit sowohl in der

Fraktion als auch im Vorstand. Wir wünschen ihm und seiner Familie in seiner neuen Heimat alles Gute für die Zukunft.

Nachrücken wird **Eberhard Böhm**, der **Die Aktive** schon in der letzten Wahlperiode im Rat vertreten hat und derzeit wieder als Sachkundiger Bürger in verschiedenen Ausschüssen arbeitet. Als Ratsher wird er in der Mai-Ratsitzung verpflichtet. Auch ihm wünschen wir alles Gute für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.



Inhalt:

Seite 2

- Finanzierung Erftverbandmodell
- CDU: "Niemals"
- Planungs- und Umweltausschuss im Rhein-Kreis Neuss

Seite 3

- SPD und CDU wollen nicht am Stadtrat sparen
- SPD bekommt Bürgermeisterposten
- CDU & SPD: Weiter so!
- Verkehrslandeplatz MG

Seite 4

- Demographischer Wandel in der Stadt Korschenbroich
- Dichtheitsprüfung 2015

Finanzierung des Erftverbandmodells – Wie geht es weiter?

Nachdem die CDU im Kommunalwahlkampf mit der „Realisierbarkeit“ dieses Konzepts geworben hat, ist nunmehr – nicht unerwartet – Stillstand eingetreten.

Vor der Wahl konnte durch den Einsatz der Aktiven Bürger Gemeinschaft – **Die Aktive** beim Innenminister erreicht werden, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II auch für Grundwassermaßnahmen eingesetzt werden dürfen. Ein Antrag im Rat, diese Mittel nunmehr auch tatsächlich für Grundwassermaßnahmen einzusetzen, wurde noch im August 2009 mit denkbar knapper Mehrheit abgelehnt. Unterstützt wurde dieser Antrag damals auch von der SPD, die in ihrem Kommunalwahlprogramm die Prüfung alternativer Finanzierungen versprach. Nach der Wahl – Alles vergessen.

Nach Vorstellung von CDU und SPD soll die Umsetzung des Erftverbandmodells, welches zumindest für einen Teil der grundwassergeschädigten Menschen Entlastung bringen würde, über freiwillige

Beiträge finanziert werden. Schwachpunkt dieses Vorschlages ist allerdings, dass die Stadt keinem Bürger sagen kann oder will, ob er durch dieses Modell dauerhaft einen trockenen Keller haben wird. Festgeschrieben wird lediglich die Zahlungsverpflichtung des Bürgers. Obwohl viele Menschen bereit sind, einen finanziellen Beitrag zu leisten, ist ein Scheitern dieser Abfrage daher vorprogrammiert.

Da ein Abrücken der CDU/SPD von dem sog. 80:20 Beschluss kategorisch ausgeschlossen wird, rückt eine Umsetzung des Erftverbandmodells – allen Wahlversprechen zum Trotz – wieder in weite Ferne.

Ein Antrag der Aktiven Bürger Gemeinschaft - **Die Aktive**, dass die Verwaltung bis zum September zumindest einen alternativen Finanzierungsvorschlag erarbeitet, wurde von CDU und SPD im Umweltausschuss abgelehnt.

H. L. Endell

Planungs- und Umweltausschuss im Rhein-Kreis Neuss

Am 28.01.2010 wurde im Ausschuss den – teilweise neuen - Mitgliedern eine Tischvorlage zur Information über die Grundwasserproblematik präsentiert, der die UWG/**Die Aktive** so nicht zustimmen konnte. Die Kreisfraktion hat eine 4seitige Stellungnahme erarbeitet, die die falschen bzw. unzureichenden Sachverhalte korrigiert und umfassender darstellt.

So wurde in der Tischvorlage der Kreisverwaltung, z. B. der Korschenbroicher Ratsbeschluss von 1982 – die Bürger nicht über den Wiederanstieg des Grundwassers zu informieren - völlig verschwiegen. Der Sachverhalt, dass **ALLE** Bürger entweder über direkte Betroffenheit, die Infrastruktur oder auch den Werteverlust ihrer Immobilien von der Grundwasserproblematik betroffen sind, wurde nicht dargestellt.

Das Allgemeinwohl, die gesundheitlichen Aspekte, die Daseinsvorsorge von Stadt, Kreis und Land, die Gleichbehandlung mit anderen grundwasserbetroffenen Gebieten und die Patchwork-Lösung allgemein wurden dabei nicht umfassend beleuchtet.

Sowohl die Tischvorlage, wie auch die Stellungnahme finden Sie auf unserer Internetseite www.die-aktive.de.

Gabi Dietrich

CDU + SPD = CDU

Erftverbandmodell - CDU: „Niemals“

„Niemals“ - so in der RP vom 24. März – „Niemals“ werde die CDU nach Aussage von Wolfgang Lieser einer Finanzierung des Grundwassermodells des Erftverbandes zustimmen, die einen niedrigeren Bürgeranteil als 80 % vorsieht.

Mit dieser Blockadehaltung von CDU und der ihr folgsam folgenden SPD sind die Umsetzung des Erftverbandmodells und damit auch der erste Schritt in Richtung der Lösung des Grundwasserproblems faktisch gestorben.

Schall und Rauch sind damit auch alle vollmundigen Aussagen aus der Zeit vor der Kommunalwahl, mit denen die

Umsetzbarkeit des Modells propagiert wurde. Zwar will die Verwaltung noch „bis zum Jahresende“ alle Bürger befragen, ob sie sich „freiwillig“ an der Finanzierung des Grundwassermodells beteiligen. Das (vermutlich gewollte) Scheitern dieser Abfrage steht allerdings schon fest. Denn, anders als in Raderbroich und Herrrenshoff, sind die Nutznießer der Pumpmaßnahmen über das gesamte Stadtgebiet verstreut, wobei wiederum nur einem kleinen Teil der insgesamt vom Grundwasseranstieg unmittelbar Betroffenen tatsächlich geholfen wird. Deshalb wird die Bereitschaft, sich an den

Kosten der Umsetzung zu beteiligen, aus nachvollziehbaren Gründen gering sein.

Die Aktive hatte deshalb auch beantragt, dass die Verwaltung für den Fall des Scheiterns der Abfrage bis zum Herbst einen alternativen Finanzierungsvorschlag zumindest erarbeitet. Dies haben CDU und SPD jedoch abgelehnt. Dieser alternative Finanzierungsvorschlag sollte nach unserer Auffassung eine gemeinsame Finanzierung von Stadt, Kreis, Land und RWE vorsehen.

Rolf Schmier

Unsere Vertreter im Stadtrat -- Unsere Vertreter im Stadtrat -- Unsere Vertreter



Hanns-Lothar Endell
Fraktionsvorsitzender



Jutta Goebel
Stv. Fraktionsvorsitzende



Eberhard Böhm



Peter Drüll

SPD bekommt Bürgermeisterposten

Auch wenn es wahrscheinlich keinen Zusammenhang zu dem Einknicken der SPD in wesentlichen Sachfragen gibt, so hat die Korschbroicher SPD in den Koalitionsvereinbarungen mit der CDU erreicht, dass Sie nunmehr den 1. stellvertretenden Bürgermeister stellen darf. Dieser Posten ist mit einer monatlichen Zahlung von 750 Euro verbunden.



Hanns-Lothar Endell - Fraktionsvorsitzender *Die Aktive*

SPD und CDU wollen nicht am Stadtrat sparen

Die Aktive hat anlässlich der diesjährigen Haushaltsberatungen vorgeschlagen, die Zuschüsse der Stadt an die Fraktionen um 25 % abzusenken. Nach Auffassung der Aktiven Bürger Gemeinschaft sollen nicht nur die Bürger über die Anhebung der Grundsteuer, sondern auch die Parteien an den finanziellen Lasten der finanziellen Schieflage von Korschbroich - die bekanntlich ein Ergebnis der jahrzehntelangen Misswirtschaft der CDU ist - beteiligt werden.

CDU und SPD lehnten diesen Vorschlag ab. Keine Zustimmung fand übrigens auch der Vorschlag von *Die Aktive*, den Stadtrat zu verkleinern. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die SPD einem solchen Vorschlag vor der Kommunalwahl noch zugestimmt hatte.

Korschbroich im freien Fall CDU & SPD: Weiter so!

Mit einer rekordverdächtigen Neuverschuldung von mehr als 14 Mio. Euro startet die von CDU und SPD gegründete „Koalition der Beliebigkeit“ in die neue Wahlperiode.

Handlungsbedarf sah man trotz der explodierenden Schulden für 2010 nicht. Weder wurden die freiwilligen Ausgaben angegriffen, noch sah man einen Anlass, die weiter steigenden Personalausgaben zu begrenzen.

Völlig außer jeder Vorstellung war es schließlich, einen der zahlreichen Einsparvorschläge der Opposition zu unterstützen.

Einzige konkrete Entscheidung für das Jahr 2011: Die Grundsteuer wird um 25 Punkte erhöht.

Damit bewahrheitet sich wieder die alte Weisheit: Die Ausgaben von heute sind die Steuern von morgen!

Unsere Anträge zum Haushalt, unsere Haushaltsrede und die aktualisierte Schuldenuhr (läuft jetzt schneller) finden Sie unter www.die-aktive.de.

Verkehrslandeplatz Mönchengladbach „Absturz teurer Illusionen“

Die sich nach den Kommunalwahlen konstituierte Gestaltungsmehrheit aus SPD, FDP und Grünen in Mönchengladbach lehnte im November 2009 ab, dass sich die Stadt direkt oder indirekt über die Stadtparte der NVV an nachhaltigen Verlusten des Verkehrsflughafens beteiligt. Bei Auslaufen oder Nicht-Verlängerung des Ergebnisabführungsvertrages ist eine Entscheidung nötig. Dann wird es einen Ausbau des Verkehrslandeplatzes nur geben, wenn nach Anlaufverlusten ein Profit erreichbar ist.

Dieser Kooperationsvertrag zwischen der NVV (29,964 % Anteile), Flughafen Düsseldorf GmbH (70,03 % Anteile) und der Stadt Schiefbahn wurde 1993 abgeschlossen und durch den Flughafen Düsseldorf im Dezember 2009 fristgemäß

zum Jahresende 2010 gekündigt. Gleichzeitig hat sich der Flughafen Düsseldorf als Mehrheitsgesellschafter entschieden, Pläne für einen Ausbau der Start- und Landebahn in Mönchengladbach nicht mehr weiterzuverfolgen. Seit Beginn des Vertrages ist der Verkehrslandeplatz mit inzwischen jährlich über 5 Millionen Euro defizitär. Eine Ausweitung des Verkehrs, der mit einem Ausbau möglich wäre, führt infolge der Kreuzungsverkehre mit dem Düsseldorfer Flughafen zu einer nicht akzeptablen Kapazitätseinschränkung in Düsseldorf.

Weiter möchte der Mehrheitsgesellschafter, aus Kostengründen, das Landesystem nach Instrumenten (ILS / ~700.000 €/Jahr) schnellstmöglich abschalten.

Keine Verlängerung der Landebahn verhindert auch die vorgesehene Expansion des noch ansässigen Flugzeug-Wartungsunternehmens RAS für größere Maschinen. Daher hat sich RAS im Januar 2010 dazu entschlossen den Standort Mönchengladbach zu verlassen und nach Wesel zu gehen.

Wir als Anlieger des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach können aufatmen. Aus der Illusion von Mönchengladbacher Politikern, den Verkehrslandeplatz in einen von großen Verkehrsflugzeugen frequentierten Airport umzuwandeln, wird nichts. Nach jahrelang großen Verlusten, hat - bei nun knappen Kassen - endlich doch die Vernunft gesiegt.

Hans Kruse

ter im Stadtrat -- Unsere Vertreter im Stadtrat -- Unsere Vertreter im Kreistag



Heinrich Kalthoff



Christian Külbs



Rolf Schmier



Gabriele Dietrich
Kreistags-Abgeordnete

Demographischer Wandel in der Stadt Korschenbroich Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Zukunft

Hinter dem Begriff „Demographischer Wandel“ verbirgt sich ein einfacher Sachverhalt:

Die Menschen werden immer älter und es werden weniger Kinder geboren.

Diese Entwicklung ist weder aufzuhalten, noch umkehrbar. Die Stadt Korschenbroich ist sich bewusst, dass auch sie von diesem Wandlungsprozess betroffen ist. Seit April 2008 hat die Stadtverwaltung diverse Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt. Im März 2009 haben sich dann drei Arbeitsgruppen gebildet, die verschiedene Themenfeldern zu einer „Agenda Korschenbroich“ bearbeitet haben. Auch Mitglieder der Ratsfraktion **Die Aktive** haben in den Arbeitsgruppen mitgewirkt.

Nach fast einem Jahr regelmäßiger Treffen haben die Arbeitsgruppen nunmehr ihre Abschlussberichte verfasst. Diese wurden am 14.04.2010 in der Alten Schule der Öffentlichkeit vorgestellt und werden demnächst im Rat behandelt, der dann strategische Ziele für die Zukunftsgestaltung festlegt.

Man darf gespannt sein, inwieweit die Vorstellungen der Arbeitsgruppen durch den Rat und die Verwaltung umgesetzt werden.

Folgende Prioritäten in strategischen Handlungsfeldern wurden gesetzt:

Infrastruktur und Wohnen

Die Stadt Korschenbroich

- unterstützt den Zuzug von jungen Familien und engagiert sich für ein selbstbestimmtes Wohnen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.
- bietet Schülerinnen und Schülern bedarfsgerechte Bildungseinrichtungen
- fördert verkehrsmittelübergreifend die Mobilität für Jung und Alt.
- hat in Folge des Grundwasserproblems ein Imageproblem. Daher ist die Lösung des Grundwasserproblems die Voraussetzung für die oben genannten Ziele.



Wirtschaft und Arbeit

- Unternehmen fördern, Bestandspflege der Unternehmen intensivieren, neue Unternehmen ansiedeln.
- Einzelhandel fördern und Standorte weiterentwickeln.
- Potential an Arbeitskräften nutzen und weiterentwickeln

Generationenverbindende Projekte

- Förderung des Zusammenlebens der Generationen unter besonderer Berücksichtigung der älteren Menschen.
- Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen jüngeren und älteren Menschen.
- Sicherung und Aktivierung der Mobilität.

Die Gestaltung des demographischen Wandels ist eine dauerhafte Zukunftsaufgabe. Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht dabei die langfristige Sicherung der Lebensqualität. Die Weiterentwicklung unserer Zukunft in der Stadt Korschenbroich ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gemeinsam mit den vielen Akteuren im Stadtgebiet fortgesetzt werden soll.

(Quelle: Entwurf „Strategiepapier Korschenbroich 2020“)

Jutta Goebel

Dichtheitsprüfung 2015

Das Landeswassergesetz fordert von den Grundstückseigentümern einen Nachweis der Dichtheit, der im Erdreich verlegten Abwasserleitungen. Hierzu besteht in der Bevölkerung eine erhebliche Verunsicherung. Die sechs wichtigsten Fragen und Antworten finden Sie deshalb hier:

1. Welche Abwasserleitungen müssen untersucht werden?

Jede private Abwasserleitung muss geprüft werden – dies gilt insbesondere auch für neu errichtete Bauten und An-/ Umbauten.

2. Bis wann muss die Dichtheitsprüfung erfolgen?

Die Prüfung muss bis zum 31.12.2015 bei

bestehenden Bauten durchgeführt sein. Bei Neu- und Umbauten muss die Prüfung nach Errichtung erfolgen.

3. Wer darf diese Prüfung durchführen?

Die Prüfung darf ausschließlich durch registrierte Sachkundige erfolgen. Eine Liste der registrierten Sachkundigen gibt es auf der Internetseite des LANUV (www.lanuv.nrw.de).

4. Was kostet die Dichtheitsprüfung?

Die Kosten differenzieren je nach Länge der Leitungen bzw. nach Anzahl der Abzweige. Daher können wir hier keine näheren Angaben machen.

5. Wie kann man die Kosten senken?

Möglichkeiten zur Kostensenkung bestehen durch gemeinsame Beauftragung mehrerer Hauseigentümer, durch Besorgen der erforderlichen Planunterlagen und rechtzeitiges Freilegen der Revisionsöffnungen.

6. Wo gibt es Informationen?

Informationen finden Sie unter:

www.lanuv.nrw.de/wasser/abwasser/dichtheit.htm

www.erftverband.de und

www.dichtheitsprüfung.sh

(aus Schleswig-Holstein) oder natürlich in der Bürgersprechstunde der Aktiven Bürger Gemeinschaft - **Die Aktive**.

H.L. Endell

Bürgersprechstunden

jeden Montag von
18.00 Uhr - 19.00 Uhr

jeden 2. Samstag von
10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

www.die-aktive.de

Haben Sie Fragen oder
Anregungen?

Sprechen Sie uns an.

Wir sind für Sie da.

Impressum

Die Aktive

Am Brauhaus 18

Korschenbroich

Telefon: 02161-4022-001

Redaktion: H.L. Endell, R. Schmier
Herausgeberin u. Verantw. Redakteurin:

G. Dietrich, Friedhofsweg 10,
41352 Korschenbroich

Druckerei Meinke GmbH, Hansemannstr. 65, 41468 Neuss